



Die Hessische Kommunale 2-2023 Mai-Juni

Nachhaltige Digitalisierung – digitale Nachhaltigkeit

von Bijan Kaffenberger, MdL

Digitalpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag



Foto: Maximilian König

Das Thema Nachhaltigkeit ist aus den gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Diskursen nicht mehr wegzudenken. Neben der Dekarbonisierung ist auch die Digitalisierung einer der Megatrends un-

serer Zeit. Zwischen diesen beiden besteht ein einfacher Zielkonflikt.

Die zunehmende Digitalisierung verbraucht Unmengen an Energie. Rechenzentren zählen zum Beispiel mit ca. 16 Terawattstunden pro Jahr zu den größten Stromverbrauchern überhaupt. Rund ein Viertel davon entfällt auf Hessen. Daher versucht die Branche immer mehr Strom aus erneuerbaren Energien zu beziehen und die entstehende Abwärme zu nutzen.

Ab dem 29. November 2023 sind alle hessischen Kommunen, in denen mehr als 20.000 Menschen leben,

verpflichtet, eine kommunale Wärmeplanung zu entwickeln. Die Nutzung von Abwärme ist hierbei gerade für Kommunen mit Rechenzentren ein Faktor mit enormem Innovationspotenzial. Erst kürzlich wurde für ein Darmstädter Stadtviertel diskutiert, welche Möglichkeiten bestehen, Wärmenetze zu nutzen und dabei etwa auch Abwärme des an der Kasinostraße gelegenen Darmstädter Rechenzentrums DARZ zu nutzen. Erste Schätzungen hat die Hochschule Darmstadt entwickelt. Andernorts ist man schon weiter.

Die Abwärme des Green IT Cube an der Gesellschaft für Schwerionenforschung in Darmstadt wird schon heute genutzt, um die Gebäude des Forschungsinstituts zu beheizen.

Am Beispiel Frankfurt wird besonders deutlich: Kommunen können aber auch größere Potenziale heben, wenn sie Energieversorgung und Stadtplanung zusammendenken, Rechenzentren gezielt ansiedeln und mit (Fern-)Wärmenetzanschlüssen ausstatten. Im Frankfurter Eurotheum beheizt ein Rechenzentrum das ganze dazugehörige Hochhaus mit Büro- und Konferenzräumen, Hotelzimmern und Gastronomie.

Beispiele aus Schweden oder der Schweiz zeigen, dass Rechenzentren ihre Abwärme in städtische Fernwärmenetze einspeisen und einige Schwimmbäder mit Abwärme beheizt werden.

Für den ländlichen Raum könnten zukünftig auch Rechenzentren neben Gewächshäusern stehen, die mit der überschüssigen Wärme betrieben werden. Alle diese Fragen sind aber hochkomplex und stellen insbesondere kleine Kommunen vor große Herausforderungen.

Das bei der Hessen Trade & Invest (HTAI) angesiedelte Rechenzentrumsbüro des Landes berät Kommunen bei der Umsetzung von Projekten rund um das Thema Rechenzentren.

Wenn neue große Verbraucher dazu kommen und Energie zunehmend erneuerbar erzeugt wird, ist aber auch Vorsicht bei der Netzkapazität geboten. Gerade für Stadtwerke sind daher intelligente Stromnetze (Smart Grids) längst ein riesen Thema. Durch die erneuerbare Energiegewinnung sind Stromnetze zusätzlichen Schwankungen unterworfen, auf die nun

mittels der Vernetzung intelligenter Stromzähler (Smart-Meter) reagiert werden kann. Über dieses Smart Metering sollen Erzeugung und Verbrauch in Privathaushalten miteinander harmonisiert werden, sodass Haushalte immer mehr zu aktiven Teilnehmern der ganzen Energiewirtschaft werden. Um das zu schaffen, müssen Unmengen an Daten verarbeitet und Geräte miteinander verknüpft werden. Hier wird deutlich, warum Digitalisierung nicht nur viel Strom verbraucht, sondern auch elementar wichtig ist, damit die von uns angestrebte dezentrale Energiewende gelingt.

Daher gilt auch für die kommunale Familie: Die fortschreitende Digitalisierung birgt enormes Transformationspotenzial. Digitalisierung in Einklang mit Dekarbonisierung zu bringen, bleibt dabei aber die große Aufgabe, vor der die Politik heute und in Zukunft steht.

Wiesbaden, den 06.06.2023

PRESSEMITTEILUNG

SGK (Sozialdemokratische Gemeinschaft der Kommunalpolitik) fordert von der Landesregierung Unterstützung bei der Unterbringung und Betreuung von Geflüchteten

Die SGK Hessen begrüßt, dass der Bund sich ungeachtet der Zuständigkeiten in den Ländern, die für die Unterbringung von Geflüchteten zuständig sind, engagiert.

„Wir begrüßen, dass der Bund den Kommunen erneut gesondert eine Milliarde Euro zur Versorgung der Geflüchteten zur Verfügung stellt. Gleichzeitig fordern wir die schwarz-grüne Landesregierung auf, es dem Bund gleichzutun und den Kommunen ebenfalls Sondermittel für die Integration zuzuweisen“, sagte der SGK-Landesvorsitzende Andreas Siebert.

Die SGK Hessen erwartet vom Land, dass das Land Hessen seiner Verantwortung nachkommt und die Kommunen überall dort organisatorisch und finanziell unterstützt, wo es seine Aufgaben auf die Kommunen übertragen hat.

Es steht fest, dass die Aufnahme und Unterbringung von Geflüchteten, Rückführungen und wichtige Aufgaben im Bereich der Integration nach dem Grundgesetz Ländersache sind. Auch für die Sicherstellung der Kommunalfinanzen ist laut Staatsgerichtshof das Land letztverantwortlich.

Deshalb fordert Siebert die Landesregierung auf, die bereits vom Bund als Soforthilfe für die Auswirkungen des Ukrainekrieges sowie die im Flüchtlingsgipfel erneut bereitgestellten Gelder vollständig an die kommunale Familie durchzureichen.

„Es ist ein Skandal, dass die schwarz-grüne Landesregierung im letzten Jahr lediglich 71,2% an die kommunalen Gebietskörperschaften weitergereicht hat und für 2023 sogar einen Einbehalt von 50% angekündigt hat“, so Andreas Siebert.

Das den Kommunen zustehende Geld versinkt im Landeshaushalt und wird nicht für Integration ausgegeben. Im Übrigen steht dem Land das Geld auch nicht zu, da die meisten ukrainischen Geflüchteten direkt in den Landkreisen, Städten und Gemeinden angekommen sind.

„Die Unterbringung und Integration von Geflüchteten ist eine Herkulesaufgabe, der wir uns aber als kommunale Familie stellen. Für das Recht auf Asyl darf es keine Obergrenze geben“, so Siebert abschließend.

Trinkwasser im Klimawandel

SPD Brachttal setzt Eckpunkte für eine zukunftssichere Wasserversorgung

Autor und Fotograf: Daniel Goffitzer, Vorsitzender des SPD-Ortsvereins Brachttal;

Eine zuverlässige und zukunftssichere Wasserversorgung ist in vielen Gemeinden eine große Herausforderung. Aufgrund des Klimawandels und der damit einhergehenden Trockenperioden und Starkregenereignisse wird auch in Brachttal, einem wichtigen Wasserrfördergebiet für die Rhein-Main Region, die Wassersituation zunehmend schwieriger.

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, sollten Wassergewinnung und Hochwasserschutz gemeinsam betrachtet und geplant werden.



Kneipp-Anlage



Hochwasserschutz in Brachttal

Bei Starkregenereignissen gelangt das Wasser oft direkt in Flüsse oder Bäche und fließt schnell wieder ab. Bei sehr starken Ereignissen sind die Abflussmöglichkeiten erschöpft, sodass es zu Überflutungen kommen kann. Durch den schnellen Abfluss wird weniger Wasser im Boden versickert und es kann kein Grundwasser gebildet werden, welches für die Trinkwasserversorgung wichtig ist. Es ist daher wichtig, bei der Planung von Hochwasserschutzmaßnahmen darauf zu achten, dass ausreichend Wasser vor Ort im Boden versickern kann und somit nicht schnell abfließt.

Das Versickern von Wasser kann durch verschiedene Maßnahmen erreicht werden. Eine Möglichkeit ist zum Beispiel die Anlage von Retentionsflächen, wie beispielsweise Grünflächen, Parks oder auch durch die Renaturierung von Ufern. Eine weitere Möglichkeit ist die Anlage von Mulden und Rigolen, die das Regenwasser sammeln und langsam in den Boden abgeben. Auch die Verwendung von wasserdurchlässigen Belägen kann dazu beitragen, dass mehr Wasser

im Boden versickert. Durch eine gemeinsame Betrachtung von Hochwasserschutz und Wassergewinnung kann eine nachhaltige und zukunftssichere Wasserversorgung sichergestellt werden. Für Kommunen ist es möglich, ein Starkregenkonzept zu erstellen, was vom Land Hessen gefördert wird.

Als weiteren Punkt sollte über Ausfallsicherungen nachgedacht werden. Das Fehlen von Alternativen kann zu ernsthaften Problemen führen, wenn es zu Störungen oder Ausfällen in der Wasserversorgung kommt. Hohe Nitratwerte könnten beispielsweise dazu führen, dass ganze Brunnen nicht mehr allein zur Versorgung verwendet werden können. In solchen Fällen kann es zu erheblichen Störungen im Alltag kommen. Um das zu vermeiden, sollten alternative Versorgungsleitungen existieren, die die Hauptversorgungsleitung ergänzen oder ersetzen können. Dies könnte beispielsweise durch Ringleitungen sichergestellt werden.



Die Sensibilisierung der Bevölkerung für das Thema Wasserversorgung ist ebenfalls ein wichtiger Punkt. Dazu gibt es in Brachtal bereits den Wanderweg „Wasser von Brachtal“.

Er ist ein lohnendes Ausflugsziel für alle, die sich für die Themen Wasserversorgung, Naturschutz und Landschaftserlebnis interessieren. Der Rundwanderweg führt auf einer Strecke von etwa 8 Kilometern

entlang von Wald- und Wanderwegen durch die Gemeinde Brachtal und informiert dabei über die Bedeutung des Wassers und die Herausforderungen bei der Wasserversorgung.



Ein lohnendes Ausflugsziel „Rundwanderweg – Wasser von Brachtal“

Der Wanderweg führt dabei auch an einem Hochbehälter vorbei, der Trinkwasser für die Gemeinde Brachtal liefert. Die Besucher können sich vor Ort über die Entstehung und Qualität des Wassers informieren und erhalten so einen Einblick in die komplexe Thematik der Wasserversorgung. Das ist ein gelungenes Beispiel für eine Sensibilisierung der Bürgerinnen und Bürger.

Die SPD Brachtal zeigt, wie eine zukunftssichere Wasserversorgung gewährleistet werden kann. Durch die Kombination von Hochwasserschutz, Wassergewinnung und Technologie, sowie die Förderung des Bewusstseins für den Wert des Wassers, kann eine stabile Versorgung gewährleistet werden.

Mehr Informationen:

<https://www.wasservonbrachtal.de/>

Bedarfsorientierte Ladeinfrastruktur in Kommunen aufbauen

SGK-Veranstaltung „Aufbau von Ladeinfrastruktur in Kommunen“

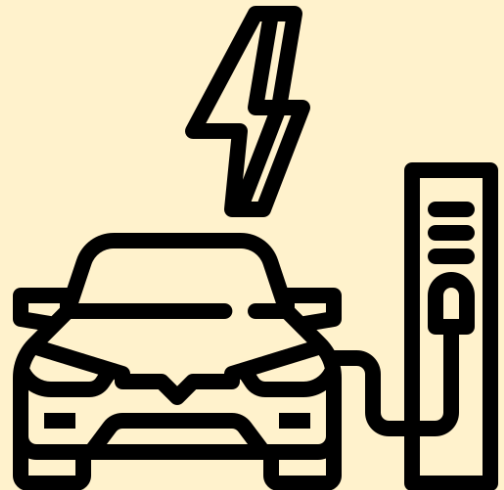
Autorin: Marion Schiebener, Leiterin der SGK-Geschäftsstelle

Ab 2030 möchten Städte "verbrennerfrei" sein. Wie soll das in knapp acht Jahren gelingen? Und auf was ist zu achten?

Auf unserer Veranstaltung gemeinsam mit der LandesEnergieAgentur Hessen GmbH konnten die Kommunalen erfahren, wie sie den Bedarf an Ladestationen feststellen können und welche Voraussetzungen für eine gute Infrastruktur gegeben sein müssen.

In der Zeit von 2020 bis 2022 sind die Zulassungen von E-Autos in die Höhe geschossen. In diesem Jahr ist der Trend eingebrochen, da die Förderung beim Erwerb eines E-Autos weggefallen ist. Es steht aber fest, die Zukunft gehört der E-Mobilität, auch wenn sich an dieser Stelle über den ökologischen Aspekt streiten lässt. Das bedeutet aber auch, wir werden in Zukunft viel mehr Strom brauchen als angenommen. Im Zuge der Daseinsvorsorge wird es eine kommunale Aufgabe sein, ausreichend Strom zur Verfügung zu stellen.

Damit Stadtparlamente die richtigen Entscheidungen treffen können, in unserem Fall zum Aufbau von Ladeinfrastruktur, ist es wichtig gut, informiert zu sein. Dazu gehört, die verschiedenen Elektrofahrzeugtypen zu verstehen sowie die unterschiedlichen Ladesäulen und deren Ladebetriebsart zu kennen. Dies ist wichtig, um zu verstehen, wo bereits problemlos geladen werden kann, wo und wie umgerüstet werden muss und was zu beachten ist, wenn Ladesäulen gesetzt werden.



©created by Peerapak Takpho - Flaticon

Jede Kommune steht vor der Frage, wie viele Ladestationen wirklich benötigt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass viele Ladevorgänge zu Hause stattfinden werden, insbesondere im ländlichen Raum.

Mittlerweile haben Supermärkte, Parkhäuser und Warenhäuser entdeckt, Kunden*innen über die Zurverfügungstellung von Ladesäulen zu generieren und zu binden. Unternehmen stellen Ladesäulen für ihre Mitarbeiter*innen zur Verfügung. An dieser Stelle sei angemerkt, dass dies auch Kommunen für ihre Angestellten einrichten könnten. Auch der moderne Wohnungsbau wird Lademöglichkeiten implementieren.

Mit der Bereitstellung von Ladesäulen lässt sich gutes Geld verdienen, dies haben schon viele Privatunternehmen entdeckt. Folglich sollte die Kommunalpolitik mit Arbeitgebern, Wohnungsbaugesellschaften, Hausgemeinschaften und dem (Groß)Handel vor Ort in Kontakt treten, bevor Ladestationen im öffentlichen Raum aus kommunalen Mitteln angebracht werden. Denn hier geht es auch um gute und schlechte Stellplätze (soziale Brennpunkte/Vandalismus etc.). Es gilt zu verhindern, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden.

Wie bereits erwähnt, muss an die Belastbarkeit der Stromnetze gedacht werden. Wenn nach Feierabend alle Autos zu Hause „zum Tanken“ ans Netz angeschlossen werden, dürfte unser derzeitiges Stromnetz nicht ausreichen.

Neben dem unvermeidlichen Ausbau der Netze, muss die Bevölkerung über Ladezeiten und deren Auswirkung auf die Stromnetze informiert werden, um einer Überlastung entgegenzuwirken.

Nicht zu vergessen ist die Städteplanung.

Sie muss neu gedacht werden, denn wo finden wir, insbesondere in den großen Städten, zwischen Häusern, Gehweg und vollgeparkten Straßen noch die Möglichkeit, Ladestation zu installieren, und zwar so, dass sie niemanden gefährden.

Die Einbindung des ÖPNV und Carsharing-Modelle müssen ergänzend gefördert werden. In weiteren Veranstaltungen werden wir uns diesen Themen widmen.

Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene

Neue Wege der Kommunikation und Teilhabe finden

Interview der SGK Hessen mit Ralf Laumer, Landkreis Marburg-Biedenkopf

Ralf Laumer aus Marburg war Mitglied der STVV und eines Ortsbeirats. Er leitet die Stabsstelle des Landrats Marburg-Biedenkopf, zuständig auch für Bürgerbeteiligung.



Warum sollten Bürgerinnen eigentlich mitreden?

Weil Politik- und Verwaltungshandeln dadurch besser werden. Auf kommunaler Ebene gibt es viele tradierte Beteiligungsformate, die ihre Berechtigung und ihren Wert haben: Kommissionen, Beiräte, Jugendparlamente oder Seniorenbeiräte, Fachauschüsse usw. Diese werden aber oft nach Parteienproporz besetzt oder binden institutionelle Kompetenz ein, also Interessenvertreter*innen. Auch das ist gut und richtig. Wenn ich aber den Auftrag von Grundgesetz und Hessischer Verfassung ernst nehme, gleichwertige Lebensverhältnisse zu schaffen, müssen wir versuchen, auch diejenigen zu aktivieren und einzubinden, die nicht für einen Verein oder eine Organisation sprechen wollen oder können, weil sie z. B. mitten in der Familienphase stecken und berufstätig sind. Auch Alleinerziehende Menschen oder Mobilitätseingeschränkte können ggf. nicht 1-2 Stunden in Gremiensitzungen zubringen.

Auf der anderen Seite können wir nicht überall in unserer Gesellschaft ehrenamtliches Engagement nutzen, und dann nicht entsprechend entwickelte Beteiligung anbieten.

Das Grundgesetz sagt, dass in Deutschland alle Macht vom Volke ausgeht. Wo repräsentative Politik an Bindung und Akzeptanz verliert, sich Lebensbedingungen deutlich verändern, müssen neue, die repräsentative Demokratie ergänzende, Angebote entwickelt werden.

Wie kann dieser Prozess angestoßen werden, welche Voraussetzungen braucht es?

Verwaltung und Politik müssen Bürger*innen-Beteiligung wollen. Denn ohne Ernsthaftigkeit geht es nicht.

Wichtig ist Struktur, also eine feste Verankerung in der Verwaltung. Denn nur was sich im Organigramm findet, existiert in der kommunalen Verwaltung. Und innerhalb der Verwaltung müssen auch die notwendigen Kapazitäten, personell und finanziell, zur Verfügung gestellt werden.

Und schließlich muss das politische Ehrenamt von Beginn an Bord geholt werden.

Der Landkreis Marburg Biedenkopf arbeitet seit 2014 an einem eigenen Konzept. Wo steht der Landkreis jetzt?

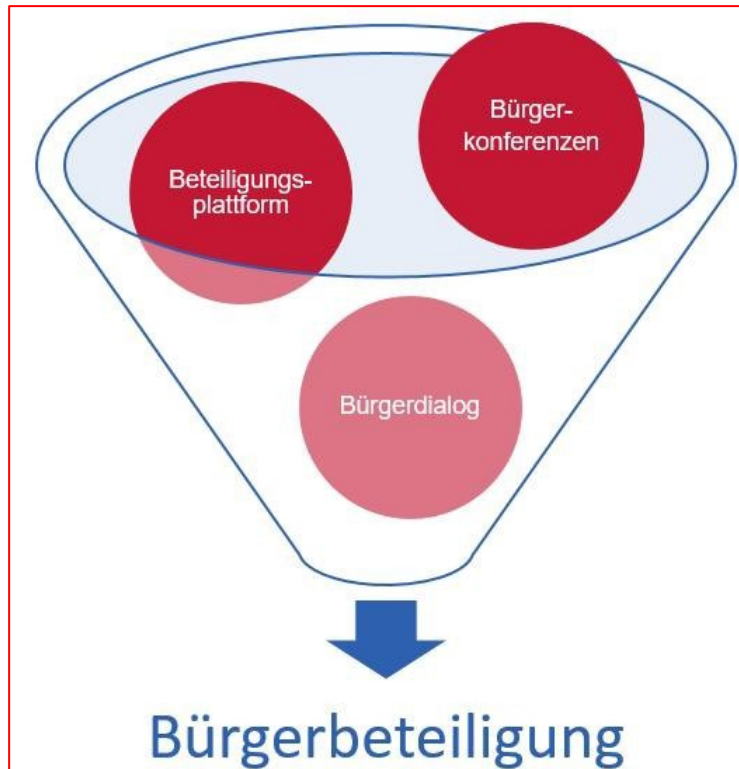
In unserem Bürgerbeteiligungskataster erfassen wir jährlich die im letzten Jahr angebotenen Beteiligungsformate. Wir kommen mittlerweile auf 231. Angefangen haben wir mit insgesamt 170 informellen und formellen Beteiligungsan-

geboten. Die Verwaltung lebt Beteiligung und hat in Politik sowie Verwaltung eine hohe Akzeptanz. Unsere Bemühungen werden in der Region und bundesweit wahrgenommen.

Mit welchen Hindernissen muss gerechnet werden?

Mitarbeitende können Beteiligung als Belastung, als zusätzliche Aufgabe sehen. Die Politik wird diskutieren, ob ausgebaute Beteiligung kompatibel ist mit unserer repräsentativen Demokratie, wird thematisieren, ob denn dann die Entscheidungen der Gemeindevertretung oder des Kreistags in Frage gestellt bzw. korrigiert werden könnten.

Und sicher wird auch über die Legitimität von Beteiligung diskutiert werden: Repräsentativität, es kommen ja doch immer dieselben etc.



Kannst du uns „Gute Beispiele und Irrwege“ nennen? Welche Politikfelder oder Themen eignen sich besonders?

Beispiele sind ja immer schwierig, weil bei Beteiligung immer die Bedingungen vor Ort berücksichtigt werden müssen. Es gibt viele Konzepte und Formate, auf die man zurückgreifen, die man aber nicht einfach über-

stülpen kann. Beteiligung ohne Zuständigkeit ist schwierig. Geeignet sind sicher nahezu alle Themen, die die Menschen direkt betreffen. Beteiligung ist immer ein Angebot. Deshalb ist Kommunikation so wichtig. Transparenz bei Entscheidungsspielräumen und Motivation bzw. Interessen sind wichtige Voraussetzungen.

Welche Rolle spielt dabei die fortschreitende Digitalisierung und die Strategie des „open government“?

Digitale Beteiligungsformate sind eine sehr gute und effektive Ergänzung von Präsenzbeteiligung. Nur digital halte ich für schwierig.

Digitalisierung bedeutet, dass wir in ganz anderem Umfang Material und Informationen zur Verfügung stellen können, als wenn wir meterweise Unterlagen anbieten.

Digitale Formate passen auch gut in die heutige Lebensrealität vieler Menschen, die oft viel arbeiten, Kinder betreuen oder Angehörige pflegen und nicht

45 Minuten zu einer zweistündigen Veranstaltung im Kreishaus fahren wollen oder können. Jüngere Menschen werden außerdem eher digital angesprochen, weil sie sowieso gewohnt sind, sich digital zu informieren. Das Konzept „open government“ als Haltung und Anspruch einer Verwaltung ist geprägt durch die Prinzipien Transparenz, Zusammenarbeit und eben Beteiligung. Insofern gibt es hier eine große Schnittmenge.

Grafik: Landkreis Marburg-Biedenkopf

**Kreuzchen machen reicht dir nicht?
Du willst in deinem Ort
Bürgerbeteiligung organisieren?**



**Informiere und tausche dich aus beim
Markt der Möglichkeiten**
online
am 22. Juni 2023
19-21.30 Uhr
10,00 €



Ein Angebot der Akademie für Kommunalpolitik Hessen mit Ralf Laumer und Norbert Leistner; Anmeldung: info@afk-akademie.de
Oder direkt [hier](#):

Klein – aber oho: Die Gemeinde Meißner zwischen Berg und Tal

Mit freundlicher Genehmigung des Hessischen Städte- und Gemeindebunds

Erschienen in der Hessischen Städte- und Gemeindezeitung Ausgabe 04/2023

Rubrik: HSGB im Gespräch mit Bürgermeister Friedhelm Junghans

In dieser Rubrik kommen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister unserer Mitgliedskommunen zu Wort. Die Geschäftsführer des HSGB informieren sich vor Ort, um mit Bürgermeister/innen über aktuelle kommunalpolitische Themen zu sprechen. Ein Besuch in der Reihe führte Geschäftsführer Dr. David Rauber nach Meißner.



©Gemeinde Meißner

Die Gemeinde Meißner liegt zwischen dem Hohen Meißner und der Werra und gehört zum Geopark „Frau-Holle-Land“. Die **Grenzlage** zu Thüringen prägt die Region seit jeher. Schon vor Jahrhunderten machte sich dies durch den Bau von Burganlagen auf beiden Werraufern bemerkbar. Besondere Bedeutung kam dem historischen Grenzverlauf in Zeiten des Kalten Krieges zu. Nach der politischen Wende rückte die Region vom Zonenrand in die Mitte Deutschlands. Gut ausgebaute Wanderwege und Radstrecken sowie

Abfahrtspisten und Langlaufloipen im Meißnervorland und auf dem Hohen Meißner machen das Frau-Holle-Land zu einer attraktiven Region für den (Kurz-)Urlaub.

Die sieben Ortsteile der zwischen dem Hohen Meißner und der Werra gelegenen Gemeinde bringen es zusammen auf knapp 3.000 Einwohner. Und das auf einer Fläche von knapp 45 km² - eine kleine Gemeinde mit großen Herausforderungen. „Klar, da muss der Bürgermeister vorangehen, anders geht es nicht,“ betont Junghans.



Foto: Friedhelm Junghans

In dem kleinen Rathaus-Team gibt es keine Vertretungsmöglichkeiten und der Fachkräftemangel ist spürbar.

Aber: „Wir können die Dinge eben leicht und unkompliziert umsetzen, weil die Wege in der Verwaltung kurz und unsere Leute motiviert sind,“ sagt Junghans. Der Rathauschef praktiziert auch vielfältige interkommunale Zusammenarbeit im Zweckverband Abfallwirtschaft und Zweckverband Meißner-Verbandswasserwerk.

Ein Bürgermeister zum Anfassen - er lasse nach Möglichkeit keine Jahreshauptversammlung und kein Altersjubiläum aus: „Denn da kriegt man das meiste mit und kann dann tätig werden, unkompliziert und bürgernah.“ Auch bei längerfristigen Projekten wie die Dorferneuerung und das SILEK (Integrierte ländliche Entwicklungskonzepte) kann sich Junghans auf seine Bürgerinnen und Bürger verlassen.

Dabei verzeichnet die Gemeinde wieder einen Einwohnerzuwachs und hat entgegen aller Prognosen nur wenig Leerstände.

Nachdem einige Jahre kein Einzelhandel mehr vorhanden war, hat ein Marktanbieter vor einigen Jahren im Ortsteil Abterode ein „Lädchen für alles“ eingerichtet, das auch vom Landeswohlfahrtsverband gefördert wird. „Das bringt ein ganz anderes Leben ins Dorf, auch als Treffpunkt,“ sagt Friedhelm Junghans.

Ländliche Regionen wie der Meißner sind Wohn- und Arbeitsort vieler Menschen. Sie bieten Kultur- und Erholungslandschaften, Wasser, erneuerbare Energien und vieles mehr. Eine Aufgabe des Staates besteht darin, Rahmenbedingungen für gleichwertige Lebensverhältnisse für Menschen in ländlicheren und städtischen Gebieten zu schaffen.

Sorgen machen dem Rathauschef hingegen vor allem die stark steigenden Kosten im Bereich der Kinderbetreuung und der hohe Investitionsbedarf bei den Feuerwehren. „Das ist ohne viel höhere Förderung des Landes nicht zu stemmen,“ bestätigt Junghans und verweist auf einen Brandbrief der Bürgermeister im Werra-Meißner-Kreis an die Landesregierung.

„Wir merken die immer weiterwachsenden Anforderungen an die Tätigkeiten der Gemeinden. Das macht es nicht leichter,“ blickt Junghans auf seine bisherige Amtszeit zurück. „Was für die Bevölkerung in der ganzen Breite wichtig ist, gibt es auch in kleinen Gemeinden: Zuverlässige Infrastruktur von Wasser bis Kita, ganz besonders aber auch Bürgernähe, überschaubare Verhältnisse und damit Identifikation,“ hebt Geschäftsführer David Rauber hervor: „Das müssen wir bewahren.“

Termine der SGK Hessen

Anmeldung: info@sgk-hessen.de

Informationen: 0611-360-117-4

Kommunale Kaffeepause

Freitags, 8.30 – 9.00 Uhr

7. Juli



**Einfach mal machen?! – Chancen und Grenzen von Verkehrsversuchen
als Instrumente innovativer Verkehrsplanung**

5. Juli 2023 18:00 Uhr

*Projekt „Mobilität der Zukunft“ – Hochschule RheinMain, gemeinsam mit der SGK,
KPV und der GAK*

Näheres zum Online-Workshop und die Anmeldung finden Sie [hier](#).

SGK Hessen Landesdelegiertenkonferenz am 08.07.2023 in Hofheim

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.

Marktstr. 10

65183 Wiesbaden

0611-360-117-6

info@afk-akademie.de

www.akademie-hessen.de



Unsere Angebote

15. Juni 2023 Instagram & Co

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

22. Juni 2023 Bürgerbeteiligung - Markt der Möglichkeiten

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

28. Juni 2023 Online gut ankommen

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

29. Juni 2023 Leichte Sprache – damit wir alle erreichen

12 -13.30 Uhr online mit Zoom 10,00 €

1.07.2023 Das A und O im Parlament: Reden schreiben

10 – 17 Uhr 50,00 € in Frankfurt

15.07.2023 Hessische Gemeindeordnung

10 – 17 Uhr 60,00 € in Frankfurt

Bildungsurlaub Rhetorik

26. bis 30. Juni 2023 Rhetorik

Nach der Sommerpause und nach der Landtagswahl....

Akademie für Kommunalpolitik Hessen e.V.

Marktstr. 10

65183 Wiesbaden

0611-360-117-6

info@afk-akademie.de

www.akademie-hessen.de

4.-5. November 2023 Doppik Intensivkurs

150,00 € mit Übernachtung in Gladenbach

8.11.2023 1×1 der Kommunalpolitik

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

11.11.2023 Finanzdetektive

14 - 16 Uhr 10,00 € in Darmstadt

15.11.2023 Hessische Gemeindeordnung - Aufbaukurs

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

18.11.2023 Stadtverordnetenvorsteher*in

10 - 14 Uhr Information und Erfahrungsaustausch

Kostenlos, online

22.11.2023 Respekt! Wie schaffen wir eine wertschätzende Diskussionskultur?

19-21 Uhr online mit Zoom 10,00 €

07.12.2023 Grundwissen Bau- und Planungsrecht

19-21.30 Uhr 25,00 € in Frankfurt

BILDUNGSURLAUBE

6. bis 10. November Kommunalpolitik für den Einstieg

20. bis 24. November Führung

Jeweils 400,00 € mit VP + Übernachtung im Einzelzimmer